

"Stunde der Wahrheit" in Der Spiegel (24. Juni 1985)

Legende: In seiner Ausgabe vom 24. Juni 1985 analysiert das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel die Auseinandersetzungen im Vorfeld des vom 28. bis 29. Juni 1985 in Mailand stattfindenden EG-Gipfels.

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber BÖHME, Erich; ENGEL, Johannes K. 24.06.1985, n° 26; 39. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH. "Stunde der Wahrheit", p. 22-24.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/stunde_der_wahrheit_in_der_spiegel_24_juni_1985-de-c17b097e-eeed-4f04-8094-d0b98f482bd5.html

Publication date: 18/12/2013

Stunde der Wahrheit

Helmut Kohl steht vor dem unangenehmsten EG-Gipfel seiner Kanzlerzeit

Ende dieser Woche treten neun der zehn EG-Staats- und Regierungschefs eine relativ angenehme Reise an. Noch bevor sie die Jets bestiegen haben, die sie zum EG-Gipfel nach Mailand fliegen, wissen die neun schon, wer die Schuld für das Scheitern der Konferenz trägt: Bundeskanzler Helmut Kohl.

Gemeinsam mit Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand wollte Kohl in Mailand einen kühnen Vorstoß machen, um Europa voranzubringen: In der EG sollte das Veto-Recht einzelner Mitgliedstaaten abgeschafft, sollten Mehrheitsentscheidungen möglich werden.

Ausgerechnet die Deutschen bemühten dann aber vor zwei Wochen den Veto-Knüppel, um eine lächerliche Getreide-Preissenkung von 1,8 Prozent zu verhindern. Ein Erfolg des Mailänder Gipfels scheint nun so gut wie ausgeschlossen.

Nur Helmut Kohl kann nicht begreifen, wieso ausgerechnet er den Gipfel belastet habe. Auf der Vorbereitungssitzung der zuständigen Kabinettsausschüsse entwickelte der Bundeskanzler vor seinen Ministern eine überaus listige Argumentation. Kohls Fazit: Mit dem Veto gegen die Getreidepreissenkung habe er die Abschaffung dieses Instruments nicht nur nicht verhindert, sondern geradezu betrieben.

Die Bonner Aktion gegen die Senkung des Getreidepreises habe noch einmal drastisch vorgeführt, wie sehr das Veto europäische Beschlüsse behindere. Solange es dieses Instrument gebe, führe der innenpolitische Druck dazu, daß leichthin mit dem Veto gedroht und in seltenen Fällen auch tatsächlich formal Einspruch erhoben werde.

Kohls Majordomus, Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, sieht das natürlich nicht anders. Dem Kanzler die Schuld für die in Mailand zu erwartenden Schwierigkeiten zuzuschieben erscheint ihm absurd: „Bei Kindern heißt das Spiel ‚Schwarzer Peter‘“.

Für die miese Stimmung in der EG präsentieren die Bonner ihren eigenen Sündenbock, den EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Seit die Kommission alle ihre Rechtsmittel ausgeschöpft und sich über das Bonner Veto im Getreidestreit hinweggesetzt hat, gilt der Franzose in der Bundesregierung endgültig als Haupthetzer gegen Bonn. Ein vertrauter von Außenminister Hans-Dietrich Genscher: „Herr Delors hat noch Großes mit sich vor in Frankreich“.

Die Bonner beschuldigen den Franzosen, die Abstimmung über die Getreidepreise im europäischen Ministerrat ohne Not erzwungen zu haben. Delors habe die Deutschen vorführen wollen. Der dänische Landwirtschaftskommissar Frans Andriessen sei mehrfach bereit gewesen, dem deutschen Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle zu helfen. Doch immer, wenn Andriessen weich wurde, sei er zum Chef gerufen und mit harten Anweisungen zurück an den Verhandlungstisch gekommen.

Was immer Delors trieb – die Abstimmung war nicht zu verhindern. Die Briten wollten sie, um den Deutschen zu beweisen, wie unverzichtbar das Vetorecht sei. Umgekehrt wollten Gegner des Instruments die Bonner zwingen, einmal eine Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren.

Der holländische Landwirtschaftsminister Dirk Braks, seinem Kollegen Ignaz Kiechle durchaus verbunden, ließ keinen Zweifel: „Er muß die Hose runterlassen, ich will seinen bloßen Hintern sehen“. Und der italienische Ratsvorsitzende Filippo Pandolfi beschied den Bittsteller aus Bayern: „Es gibt Momente, da muß man der Wahrheit ins Gesicht sehen“.

Dazu hat nach Kiechle nun der Bundeskanzler in Mailand Gelegenheit. Den Gipfel hat sein Außenminister Genscher als „Stunde der Wahrheit“ auserkoren. Normale EG-Kompromisse reichten nun nicht mehr: „Da müssen wir schon was hinkriegen“.

Um diesem Ziel näherzukommen, wollen die Bonner vor allem verhindern, daß die Chefs sich in Detail-Streitigkeiten einmischen. Die Händel ums Getreide sollen genauso außen vor bleiben wie der Krach um das Auto-Katalysator.

Wie sehr das Klima zwischen den EG-Partnern gestört ist, beweist aber gerade der Auto-Zirkus. Ursprünglich wollten die Umweltminister das Thema am Dienstag dieser Woche abhaken, wenige Tage vor dem Gipfel. Das hätte – entsprechende Ergebnisse in Brüssel vorausgesetzt – für den arg strapazierten Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gerade noch gereicht, sein nationales System von Steuerpräferenzen am 5. Juli im Bundesrat genehmigen zu lassen.

Trotz der Einwände Zimmermanns wurde die Umweltkonferenz aber um einige Tage verschoben. Auch in der Sache darf Zimmermann nach dem Getreide-Veto auf kein Entgegenkommen beim Katalysator rechnen.

Ein französischer Diplomat: „In der Gemeinschaft gibt es keine deutschen Diktate“.

Nun ist der Bonner Innenminister abermals der Blamierte. Der Minister erhält in Brüssel keine Abgas-Grenzwerte, mit denen er in Bonn bestehen kann, und muß zudem die Termine für die lang versprochene Steuerbegünstigung hinausschieben.

In dieser mißlichen Lage soll der Mailänder Gipfel, so wünschen es Paris und Bonn, wenigstens durch einen „positiven Grundsatzbeschluß zur Intensivierung der Zusammenarbeit in wissenschaftlicher Forschung und technologischer Entwicklung“ Glanz erhalten. Dieses Bandwurm-Projekt läuft unter dem EG-Kürzel „Eureka“ seit einigen Monaten um, obwohl niemand genau weiß, was darunter zu verstehen ist. Nach mehreren deutsch-französischen Expertensitzungen und Ministergesprächen werden rechtzeitig zur Mailänder Konferenz wenigstens die Konturen erkennbar.

Eureka soll konkrete Projekte unter mindestens 40prozentiger Beteiligung der Industrie abwickeln. Als Forschungsprojekte werden bisher Großrechner und Hochleistungslaser, Großgeräte der naturwissenschaftlichen und der medizinischen Grundlagenforschung, aber auch öffentliche Aufgaben wie die Bekämpfung des Waldsterbens, die Beseitigung hochgiftigen Abfalls und die Sanierung von Abfall-Altlasten genannt. Woher allerdings das Geld für diese löblichen Vorhaben kommen soll, weiß noch niemand in den Hauptstädten.

Daß ein Grundsatzbeschluß zu technischer Zusammenarbeit noch keine gedeihliche Kooperation bedeutet, beweisen die Europäer gerade überdeutlich im Verteidigungsbereich: Das Jagdflugzeug 90, auch European Fighter Aircraft (EFA) genannt, ist schon vor dem Start in starke Turbulenzen geraten.

Vor allem Frankreich, dessen Flugzeugindustrie vorwiegend für den Export arbeitet, macht große Schwierigkeiten. Die Franzosen wollen nicht nur die Federführung des Projekts; sie beanspruchen auch französische Triebwerke und französische Radargeräte, obwohl bessere und billigere Geräte auf dem Markt sind. Die Gegensätze sind so groß, daß die beauftragten Firmen bislang keinen gemeinsamen Entwurf für das EFA-Projekt vorlegen konnten.

In Mailand, so verspricht Kanzleramtsminister Schäuble angesichts solcher Erfahrungen, werde sich schon zeigen, daß nicht die Bundesregierung der Bremser in Europa sei. Wenn es wirklich zur Sache gehe, dann werde Bonn auch Opfer bringen. Schäuble: „Europa muß aus dem Stadium der Sprüche raus“.

Gemeint sind damit natürlich die anderen.